

## Die Freiheit der Bank



### BUDAPEST/BRÜSSEL/BERLIN

(Eigener Bericht) - Unter dem Druck der EU stellt die Regierung Ungarns eine Korrektur heftig umstrittener Gesetze in Aussicht. Budapest, das eng mit Deutschland kooperiert - vor allem ökonomisch sowie in Sachen völkische Außenpolitik -, betreibt seit fast zwei Jahren eine stark nationalistische Politik, die autoritär-antidemokratische Züge erkennen lässt. Die EU-Kommission hat jetzt mehrere Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet, um die Rücknahme bestimmter Maßnahmen zu erzwingen. Man wolle "Zweifel" am "Respekt" des Landes "für demokratische Prinzipien und Werte" ausräumen, erklärt der EU-Kommissionspräsident. Unter den Regelungen, die Budapest nun ändern muss, finden sich Bestimmungen über die Nationalbank, über das Pensionsalter für Richter sowie über den Datenschutzbeauftragten. Nur unverbindlich angemahnt werden Verbesserungen des Mediengesetzes, das die Pressefreiheit spürbar einschränkt. Keinerlei Kritik übt die EU an der völkischen ungarischen Politik, die sich in ihren Grundzügen an von Deutschland geübte Praktiken anlehnt und diese nur ein wenig radikalisiert. Sowohl aggressive "Volksgruppen"-Politik in den Nachbarstaaten wie die Kooperation der Regierungspartei Fidesz mit offenen Antisemiten bleiben unbeanstandet.

### Finanzen und Justiz

Unter empörtem Protest der Regierung in Budapest hat die EU-Kommission an diesem Dienstag mehrere Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn in die Wege geleitet. Sie beziehen sich auf die zum 1. Januar 2012 in Kraft getretene neue ungarische Verfassung, die bereits im vergangenen Jahr vor ihrer Verabschiedung auf entschiedene Kritik gestoßen war, insbesondere wegen ihrer völkisch-antidemokratischen Züge (german-foreign-policy.com berichtete [1]). Brüssel wolle verhindern, dass über Budapest "weiter der Schatten des Zweifels an Respekt für demokratische Prinzipien und Werte hängt", äußerte sich EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso über das Motiv für die Vertragsverletzungsverfahren, die darauf basieren, dass eine Reihe von Verfassungsbestimmungen nicht mit EU-Recht vereinbar sind.[2] Allerdings beschränken sich die Verfahren, denen Rechnung tragen zu wollen Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán gestern angekündigt hat, weitgehend auf die Bereiche Finanzen und Justiz.

### Das Recht auf Steuererhöhung

So wendet sich Brüssel vor allem gegen die neuen Bestimmungen über die Nationalbank Ungarns. Deren formelle Unabhängigkeit sei nicht mehr gewährleistet, etwa weil der Finanzminister an den Sitzungen des Geldpolitischen Rates der Bank teilnehmen dürfe und das Parlament die Entlassung des Präsidenten vorschlagen könne. Auch werde die Unabhängigkeit der Nationalbank womöglich eingeschränkt durch die Tatsache, dass ihr Präsident nur stellvertretender Vorsitzender in einer neu zu schaffenden Behörde sein werde, in der Budapest künftig die Notenbank und die Finanzaufsicht zusammenlegen dürfe. Weiterhin bemängelt die EU-Kommission, dass die neue Verfassung für die Justiz Vorkehrungen trifft, die als Senkung des Renteneintrittsalters firmieren, der Regierung aber faktisch die Möglichkeit geben,

unliebsame Richter frühzeitig in Pension zu schicken. Schließlich sei zu beanstanden, dass der Datenschutzbeauftragte willkürlich von Staats- und Ministerpräsident entlassen werden könne; dies entwerte seine Position. Wie es heißt, stünden demnächst womöglich noch weitere Vertragsverletzungsverfahren an; so sei aus der Perspektive Brüssels das sogenannte Finanzstabilitätsgesetz zu kritisieren. Es schränke die künftige Gesetzgebung unnötig ein; dass die Höhe der Flat Tax (16 Prozent) nur noch mit Zweidrittelmehrheit geändert werden dürfe, sei keine zulässige Regelung.[3]

### **Ohne Lizenz**

Nicht mit einem Vertragsverletzungsverfahren, sondern nur mit einem rechtlich unverbindlichen "blauen Brief" der zuständigen EU-Kommissarin reagiert Brüssel auf das neue ungarische Mediengesetz. Dieses hatte vor einem Jahr heftige Proteste ausgelöst und war daraufhin nach einer Intervention aus Brüssel leicht modifiziert worden. Dennoch schränkt es die Pressefreiheit deutlich ein. Vor kurzem ist es vom obersten ungarischen Gericht als in Teilen verfassungswidrig eingestuft worden - eine Ohrfeige für die EU, die bis heute nicht verbindlich gegen es vorgeht und damit eine deutliche Rückstufung demokratischer Freiheiten toleriert. Die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes hat insofern keine Bedeutung, als es nur mit der alten Verfassung Ungarns inkompatibel war, die zu Jahresbeginn durch die neue abgelöst worden ist. Die Wirkung des Mediengesetzes zeigt sich unter anderem darin, dass der einzige der Opposition nahe stehende Rundfunksender "Klubrádió" Ende 2011 bei der Vergabe neuer Lizenzen leer ausgegangen ist und voraussichtlich Ende März 2012 die Sendetätigkeit einstellen muss.[4]

### **Nationales Bekenntnis**

Völlig unbeanstandet bleibt der völkische Nationalismus, der die neue ungarische Verfassung prägt. So heißt es nicht nur in dem "Nationalen Bekenntnis", das die Verfassung einleitet, man halte "die Heilige Krone" des mittelalterlichen Königreichs Ungarn "in Ehren", da sie "die verfassungsmäßige staatliche Kontinuität Ungarns und die Einheit der Nation" verkörpere.[5] Der völkische Mythos von der "Heiligen Ungarischen Krone" beinhaltet den ebenfalls in der Verfassung festgeschriebenen "Gedanken der einheitlichen ungarischen Nation", demzufolge die ungarischsprachigen Minoritäten in den Nachbarstaaten Teil des "ungarischen Volkes" seien. Für diese "Volksgruppen" beansprucht Ungarn "Verantwortung", weshalb die neue Verfassung den Staat darauf festlegt, deren Streben nach der "Wahrung ihres Ungarntums" zu unterstützen und "ihre Zusammenarbeit miteinander und mit Ungarn" zu fördern. Budapest folgt damit grundsätzlich dem Berliner Modell, "Volksgruppen" gleicher Sprache in den angrenzenden Staaten an das eigene Land anzubinden und damit politisch für eigene Zwecke nutzbar zu machen. Dies ruft seit Jahren heftige Spannungen zwischen Ungarn und den Heimatstaaten ungarischsprachiger Minderheiten hervor.[6]

### **In den Händen der Magyaren**

Wie die völkische Ideologie, deren Grundzüge Deutschland und Ungarn teilen, in ihrer in Ungarn heute zugespitzten Form offenen Antisemitismus hervortreten lässt, hat die Kulturwissenschaftlerin Magdalena Marsovszky schon vor Jahren im Gespräch mit dieser Redaktion beschrieben (german-foreign-policy.com berichtete [7]). Tatsächlich geht die mit Zweidrittelmehrheit regierende Fidesz-Partei, die die neue Verfassung durchgesetzt hat, inzwischen zur ganz offenen Zusammenarbeit mit Antisemiten über. Im Herbst scheiterte der Versuch, István Csurka zum Intendanten

des Budapester Theaters Új Színház zu ernennen, nur an internationalem Protest. Csurka ist der führende Kopf der extrem rechten MIÉP-Partei und für antisemitische Äußerungen berüchtigt. Er hat, wie der äußerst kenntnisreiche ungarische Blogger Pusztaranger berichtet, die Fidesz-Partei im Wahlkampf direkt unterstützt und dabei nach eigener Einschätzung drei bis vier Prozent der Stimmen von der extrem rechten Partei Jobbik zu Fidesz umgelenkt.[8] Vor wenigen Tagen trat Csurka im südungarischen Szeged als Redner einer von Fidesz-Politikern gestützten Kundgebung auf. Er wolle die Regierung Orbán "stärken", erklärte er: Sie habe die neue Verfassung eingeführt, um "das Land in den Händen der Magyaren" zu halten.[9] Es dürfe um keinerlei Preis in "fremde Hände" fallen. Unter "fremden Händen" verstehen völkische Kreise in Ungarn gewöhnlich Juden.

### Mit Berlin

Die verdeckte und inzwischen auch offene Kooperation von Orbáns Regierungspartei Fidesz mit Antisemiten wie Csurka wird von der EU ebensowenig bekämpft wie der völkische Nationalismus der Verfassung und die aus ihm resultierende aggressiv-völkische Außenpolitik Ungarns gegenüber den Nachbarstaaten. Auch die Europäische Volkspartei, in der CDU sowie CSU eine äußerst starke Stellung innehaben, leitet keinerlei Schritte gegen ihr Mitglied Fidesz ein. Gegenüber Parteien, die gegen deutsche Interessen handelten, war dies immer wieder der Fall; so wurde die Mitgliedschaft der slowakischen Partei SMER in der Sozialdemokratischen Partei Europas zeitweilig ausgesetzt, weil SMER sich Berliner Interessen widersetzte (german-foreign-policy.com berichtete [10]). Bei Fidesz ist das nicht der Fall - Orbáns Regierung kooperiert neben völkischer Politik etwa auch bei der wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas entlang der Donau mit Berlin [11] -, weshalb Konsequenzen bis heute unterbleiben. Ausgenommen sind Aspekte, die aus Sicht Berlins wirklich wichtig sind - etwa die Unabhängigkeit aller Nationalbanken in der EU, auch die der ungarischen.

Weitere Informationen über die deutsch-ungarische Kooperation finden Sie hier: **Tragsäulen der Zukunft** [<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57978>], **Tragsäulen der Zukunft (II)** [<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57981>], **Tragsäulen der Zukunft (III)** [<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57989>], **Tragsäulen der Zukunft (IV)** [<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57995>] und **Nation ohne Grenzen** [<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58049>].

[1] s. dazu **Nation ohne Grenzen**

[2] Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn; Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.01.2012

[3] Die Liste wird länger; [www.pestertloyd.net](http://www.pestertloyd.net) 15.01.2012

[4] Ungarischer Oppositionssender Klubrádió verliert Lizenz; [www.pestertloyd.net](http://www.pestertloyd.net) 21.12.2011

[5] Grundgesetz Ungarns (25. April 2011); [www.pestertloyd.net](http://www.pestertloyd.net)

[6] s. dazu **Nicht zum ersten Mal** [<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57403>]

[7] s. dazu **Transsilvanien ist unser Lebensraum Karpatenbecken** [<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56924>] und [<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57705>]

[8], [9] Antisemit Csurka demonstriert mit Fidesz-Kommunalpolitikern für Orbán-Regierung; pusztaranger.wordpress.com 15.01.2012

[10] s. dazu **Widerständigkeiten** [<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56409>] und

**Pjōngjang an der Donau** [<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57829>]

[11] s. dazu **Die Donaustrategie** [<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57707>], **Unter deutscher Führung** [<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57963>] und **Nation ohne Grenzen**